

Rede von
Minister Walter Hirche
anlässlich der Überreichung des Mittelstandsberichts
der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand
am 05.09.2005
- Es gilt das gesprochene Wort -

1. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Präsident Professor Korth,

herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Veranstaltung. Ihr Papier „Macht Mittelstand“ ist eine wirklich starke Aussage.

Der Mittelstand ist die Struktur bestimmende „Wirtschaftskraft“ und damit „Wirtschaftsmacht“ in Niedersachsen, auch wenn dies wegen der Vielfältigkeit des Mittelstands in der öffentlichen Wahrnehmung nicht ausreichend gewürdigt wird.

Gleichzeitig sehe ich in dem Titel natürlich auch den Imperativ, also die Aufforderung an alle und vor allem an die Politik: „macht“ – und ich füge hinzu – „macht mehr“ für den Mittelstand, vor allem aber die Aufforderung: „Macht endlich das Richtige!“.

2. Der Mittelstand ist Struktur bestimmend in Niedersachsen.

Die statistische Bedeutung des Mittelstandes kennen Sie alle. Statistisch gesehen gehören 99,6 % der niedersächsischen Unternehmen zum Mittelstand. Etwa 81 % der niedersächsischen Beschäftigten sind im Mittelstand tätig. Der Mittelstand ist der Ausbilder schlechthin: Über 86 % der Auszubildenden werden im Mittelstand ausgebildet. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Der besondere „Wert“ des Mittelstands liegt aber in der Unternehmensführung. Die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer stehen mit ihrer ganzen Person für das Unternehmen und die Mitarbeiter ein. Sie kennen Ihren Betrieb und die Mitarbeiter. Eigenverantwortung, Selbstlosigkeit, Pflichtbewusstsein, Fürsorge für Mitarbeiter, volles Engagement, häufig unterstützt von der Familie sind die Basis für den unternehmerischen Erfolg. Das gilt auch für die finanzielle Seite. Oft genug steckt das ganze Vermögen einer Familie im Unternehmen.

Gerade die mittelständischen Unternehmen sind eng mit Ihrer Region und daher weit enger mit dem Land Niedersachsen verbunden als Großunternehmen. Sie sind darauf angewiesen, dass das Land Niedersachsen auch morgen und übermorgen seinen ureigensten Aufgaben nachkommt und Sie fragen mit Recht die Landespolitiker nach der Zukunft des „Standortes Niedersachsen“.

Wirtschaftspolitik in Niedersachsen ist daher in erster Linie immer Mittelstandspolitik.

3. Der Mittelstand steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik.

Ich treffe mich mehrmals im Jahr mit den Spitzen der Verbände und Kammern des niedersächsischen Mittelstands, um grundlegende mittelstandspolitische Fragestellungen zu erörtern. Sie, die hier anwesenden Vertreter der AG Mittelstand, sind immer dabei.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche bilaterale Kontakte zu einzelnen Verbänden und Kammern, wenn es um sektortypische und branchenpolitische Aspekte gibt.

Natürlich ist auch die Wirtschaftsförderung auf den Mittelstand ausgerichtet. Die NBank, die zahlreiche Angebote bereithält, ist die zentrale Anlaufstelle für alle förderrelevanten Anliegen der Unternehmen.

Was wir aber vor allem in Deutschland brauchen, ist Wirtschaftswachstum. Eine Aufbruchstimmung wird es aber nur dann geben, wenn die Politik der Wirtschaft verlässlich

zur Seite steht. Sie wissen, für welche Politik ich eintrete: grundlegende Reformen der sozialen Sicherungssysteme, Absenkung der Lohnzusatzkosten, Stärkung der Eigenkapitalbasis in den Unternehmen und eine nachhaltige Entbürokratisierung. Der gefesselte Gulliver muss wieder atmen und sich bewegen können.

4. Viel getan – viel zu tun. Wichtige Anliegen der mittelständischen Wirtschaft

Lassen Sie mich daher auf Aspekte eingehen, von denen ich weiß, dass diese ihre Liste wichtiger Forderungen anführen, da es sich um die zentralen Anliegen der mittelständischen Wirtschaft handelt.

Stärkung der allgemeinen und beruflichen Bildung

Hier sind zentrale Weichen gestellt worden, wie Sie alle wissen und wie Ihnen, zumindest Ihnen, als Verbands- und Kammervertreter, Herr Busemann anlässlich des Forums Mittelstand im Februar d. J. erläutert hat. Diese Reformen sind sehr umfangreich und weitreichend. Der Erneuerungsprozess wird fortgeführt. So wird z.B. das Konzept der eigenverantwortlichen Schule voran gebracht. Weitere Vorhaben sind in der Erprobung und Planung.

Der Ausbildungspakt war bereits zweimal erfolgreich. Ich bin zuversichtlich, dass auch für dieses Ausbildungsjahr die Lücken in den kommenden Wochen und Monaten geschlossen werden können.

Entbürokratisierung

Ein wichtiges Ziel ist es, mit einer durchgreifenden Verwaltungsreform - durch Abschaffung der Bezirksregierungen und einer damit verbundenen Aufgabenkritik - die Verwaltung des Landes schlanker und schneller zu machen. Es geht um die Einsparung von 6500 Stellen, aber auch um den Wegfall und die Beschränkung öffentlicher Aufgaben: Entbürokratisierung, Privatisierung und Aufgabenverlagerung auf die Kommunen.

Im Rahmen des Ressort übergreifenden Abbaus bürokratischer Vorschriften wurde die Zahl der Verwaltungsvorschriften im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums seit Februar um rd. 54 % reduziert.

Entscheidend ist darüber hinaus nicht nur eine möglichst große Anzahl abgeschaffter Vorschriften, sondern dass die Unternehmen von unnötigen, teuren und zeitraubenden Vorschriften befreit werden. Im Wirtschaftsministerium ist dazu ein Referat eingesetzt worden, um insbesondere den Abbau von Hürden und Hindernissen für mittelständische Unternehmen gezielt voranzutreiben.

Beispiele:

Arbeitsstättenverordnung:

Entgegen der bisherigen Regelung, die konkrete Zahlenangaben für die maßliche Gestaltung von Arbeitsräumen (Mindestgrundfläche, lichte Höhe, Mindestlufttraum - z. B. mussten Arbeitsräume eine Grundfläche von mindestens 8 qm haben) und auch die Gestaltung von Pausen-, Bereitschafts- und Sanitärräumen vorschrieb, legt die neue Arbeitsstättenverordnung nur noch die grundlegenden Pflichten der Arbeitgeber in Bezug auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten fest. Ersatzlos gestrichen worden ist die Verpflichtung, Räume für körperliche Ausgleichsübungen vorhalten zu müssen. Auch die bisherigen Regelungen für die Einrichtung von Toilettenräumen sind wesentlich vereinfacht worden. Hierdurch wird den Betrieben Spielraum für an ihre Situation angepasste Arbeitsschutzmaßnahmen gegeben. Speziell für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) liegt in diesen Neuregelungen eine spürbare Entlastung von bisher bestehenden bürokratischen Anforderungen.

Streichung der Pflicht zur Erstellung betrieblicher Abfallwirtschaftskonzepte und -bilanzen

Mit Wirkung vom 01.07.2005 wurde im Abfallrecht die Pflicht für private Erzeuger zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten und -bilanzen aufgehoben. Bis dahin mussten

ab einer bestimmten Abfallmenge Art und Verbleib der Abfälle nachgewiesen werden. Den Unternehmen wurde damit ein Stück Eigenverantwortung zurückgegeben.

Einsatz von Fachkräften für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte nur noch in gefahreneinigten Betrieben

Bislang müssen Betriebe auch ohne jegliches Gefährdungspotential Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte beschäftigen. Niedersachsen hat eine Bundesratsinitiative für eine nachhaltige Reform der Unfallversicherung und auch eine Vereinfachung der Regelungen für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte beschlossen.

Steuern

Notwendig ist eine große Steuerreform, die die Kriterien niedrig, einfach und gerecht erfüllt.

- Gerecht: Durch eine grundlegende Steuerreform sollen Subventions- und Ausnahmetatbestände im deutschen Steuerrecht beseitigt werden.
- Niedrig: Dies schafft Spielräume für Steuerentlastungen für Unternehmen, was die Eigenkapitalkraft der Unternehmen stärken kann.
- Einfach: Einfachheit und Transparenz müssen im Vordergrund stehen. Dann dürfen sich auch die Unart rückwirkender Steuergesetze oder kurzfristiger Steuerrechtsänderungen erübrigen. Die Unternehmen brauchen dringend Planungssicherheit.

Vorrang haben Konzept und Umsetzung einer grundlegenden Steuerreform. Sofern die grundlegende Steuerreform nicht schnell genug auf den Weg gebracht werden kann, sind für eine Übergangszeit Bereiche wie die Ökosteuer, die Abschaffung der Gewerbesteuer oder die Problematik der Ist-Besteuerung anzugehen.

Arbeitsmarktpolitik

Wir brauchen auch eine spürbare Senkung der Lohnzusatzkosten, damit in Deutschland wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Alle sozialen Sicherungssysteme gehören auf den Prüfstand:

- Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung kann durch vielerlei Maßnahmen erreicht werden.
- Die Gesetzliche Krankenversicherung und die Gesetzliche Rentenversicherung müssen auf ihre Kernelemente zurückgeführt werden und auf eine marktwirtschaftliche Basis gestellt werden.
- Die Pflegeversicherung muss auf dem Prinzip der Kapitaldeckung umgestellt werden.
- „Der erste Arbeitsmarkt zu erst.“ Das Land setzt darauf, reguläre Beschäftigung zu stärken, denn nur so erreichen wir eine nachhaltige Wirkung für unsere Maßnahmen.

Entwicklung der Innenstädte

Mit dem Thema „Innenstädte mittelstandsgerecht entwickeln“ sprechen Sie ein wichtiges Thema an. Ich habe dazu bei der Verleihung des Abacus-Preises des Niedersächsischen Einzelhandels ausführlich Stellung genommen. Vieles liegt in der Hand der Kommunen. Der innerstädtische Einzelhandel braucht verlässliche Rahmenbedingungen für seine Entwicklung auch auf der kommunalen Ebene. Dennoch wollen wir weniger oben und mehr unten entscheiden.

Die Entscheidungskompetenz muss dort liegen, wo auch die tatsächliche Wirkung entsteht. So haben wir z.B. die landesrechtlichen Regelungen über die Erhebung kommunaler Parkgebühren aufgehoben. Jetzt liegt es in der Hand der Kommunen, was diese daraus machen. Zudem führt mein Haus zurzeit intensive Gespräche mit dem Sozialministerium bezüglich der Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung. Gegenstand dieser Gespräche ist auch eine Liberalisierung bei der Stellplatzabgabe.

Novellierung § 108 der NGO

Darüber hinaus kann ich Ihnen ganz klar sagen, dass ich die Novellierung des § 108 der Niedersächsischen Gemeindeordnung für dringend geboten halte. Es kann nicht sein, dass Gemeinden sich wirtschaftlich betätigen, wenn diese Aufgaben ebenso gut und wirtschaftlich durch die Privatwirtschaft erfüllt werden können. Ordnungspolitisch richtig ist allein der Ansatz, dass der Staat sich aus Abgaben finanziert und die Wirtschaft den Privaten überlässt. Wir dürfen den Wettbewerb nicht weiter verzerren. Das privatwirtschaftliche Erwerbsgeschäft bietet für die Kommunen auf Dauer keinen Ausweg aus der Finanzmisere und hat zudem keine positiven arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen. Auf der Agenda laut Bundesrechnungshof: Mehrwertsteuergleichbehandlung öffentlicher Betriebe mit privaten.

5. Schlussbemerkung

Für mich ist der Mittelstand im Fokus. Wir sind auch in weit mehr Feldern aktiv, als jene, über die ich gerade gesprochen habe. Ich denke da zum Beispiel

- an das große Feld der Innovationspolitik,
- an unseren Anstrengungen die Internationalität mittelständischer Unternehmen zu unterstützen
- oder den gesamten Bereich der Verkehrspolitik.

Niedersachsen hat aufgeholt im nationalen Standortwettbewerb und wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, damit der Aufwärtstrend weitergeht.

Ich nehme das Papier entgegen und Sie können sicher sein, dass ich Ihre Forderungen sehr genau lesen und in meine Arbeit einbeziehen werde.